

Rede anlässlich der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Herren Minister,
Werter Herr Greffier,
Meine Damen und Herren,

der ehemalige deutsche Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert sagte im vergangenen Jahr im Rahmen seiner Abschiedsrede im deutschen Bundestag: „Die Demokratie steht und fällt mit dem Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger“. Die Suche nach Personen, die gewillt und in der Lage sind, Verantwortung zu übernehmen ist für hiesige Vereine und Vereinigungen eine ständige Herausforderung. In der Vorwahlzeit trifft dies auch auf die politischen Akteure zu. Es lässt sich nicht leugnen, dass auf lokaler Ebene mancherorts eine fehlende Bereitschaft für die Kandidatur auf einer der Listen zu beobachten ist. Die Gründe hierfür sind vielfältig und reichen von fehlender Zeit bis zu einem Phänomen, welches gemeinhin als „Politikverdrossenheit“ bezeichnet wird. Gerade letzteres sollte uns zu denken geben. Es ist Fakt, dass auch in Ostbelgien ein Teil der Bürger der Meinung ist, dass sich Politiker als Volksvertreter immer mehr von eben jenem Volk entfremden.

Geehrte Kolleginnen und Kollegen,

es ist fraktionsübergreifend unsere Pflicht, diese Sorgen ernst zu nehmen und Vertrauen sowie Glaubwürdigkeit der Politik zu schützen. Eine Demokratie kann ohne Vertrauen ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht bestehen. Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird sich daher auch in der anstehenden Sitzungsperiode für Transparenz, politische Bildung und Bürgernähe einsetzen.

In diesem Sinne sollen die guten Erfahrungen und Erfolge des letztjährigen Bürgerdialoges weiter vertieft werden. Wenn Bürgerbeteiligung glaubhaft und aufrichtig sein soll, darf diese kein Event, sondern muss diese eine Haltung sein. Daher finden zurzeit, unter Beteiligung aller Fraktionen, Gespräche statt, wie eine dauerhafte Bürgerbeteiligungsstruktur in Ostbelgien aussehen könnte. Es bleibt mein

politisches Ziel Bürgerbeteiligung in Ostbelgien zu einem festen Bestandteil unserer Politikgestaltung zu machen. Sofern das Präsidium dieses Hauses meiner Idee weiter folgt, können wir auf Grundlage unserer Erfahrungen und der Vorschläge, die eine internationale Expertengruppe spezifisch für Ostbelgien ausgearbeitet hat und die in Kürze dem Präsidium vorgelegt werden, aus unserer Region eine echte, eine ernst gemeinte und tatsächliche Mitmachregion machen. Wir können noch in dieser Legislaturperiode dem Parlament ein Instrument an die Hand geben, mit dem es nach den Wahlen von Mai 2019 Bürgerbeteiligung in Ostbelgien institutionalisiert. Es würde mich freuen, wenn sich alle Fraktionen auf die gleiche konstruktive Weise darin einbinden, wie das bisher der Fall ist. Getreu meinem Credo „Demokratie neu denken“, bin ich der festen Überzeugung, dass diese Beteiligungsformen eine notwendige und richtige Investition in unsere Demokratie ist. Es wird sich lohnen.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist ein Haus der Bürgerinnen und Bürger.

Daher sind Besucher hier immer herzlich Willkommen. Während der letzten Sitzungsperiode haben 117 Gruppen das Parlament besucht. Insgesamt 3068 Besucher haben an den geführten Rundgängen oder Animationen teilgenommen. Neben zahlreichen Informationen über die Identität und Geschichte der deutschsprachigen Belgier, haben sie sich vor Ort auch über die Funktionsweise des Parlamentes informiert. Zusätzlich nahmen 1130 Bürgerinnen und Bürger an Veranstaltungen des Parlaments teil. Demnach waren im Schnitt täglich 11,4 Besucher zu Gast im Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft – Wochenenden und Feiertage wie Weihnachten oder Ostern mit eingerechnet. Das ist eine ganze Menge.

Gerade in Zeiten wachsender populistischen Tendenzen ist es meines Erachtens wichtig, dass dort, wo das Herz der Demokratie schlägt, nämlich hier im Parlament, Wissen und Verhalten im Umgang mit Demokratie vermittelt werden. Vor diesem Hintergrund hat sich das Parlament seit geraumer Zeit zu einem wichtigen Akteur in der politischen Bildung insbesondere für die Bürger von morgen entwickelt.

Für viele junge Menschen wirken Begriffe wie Parlamentarismus oder Demokratie abstrakt und abschreckend. Ich bin daher der festen Überzeugung, dass wir parlamentarische Arbeit und demokratische Prozesse konkretisieren und für junge

Menschen auch praktisch erfahrbar machen müssen. Denn Politik ist am einfachsten zu verstehen, wenn man sie hautnah erlebt. Welcher Ort wäre dafür besser geeignet als das Parlament?

Der überaus aktive Besucherdienst des Parlaments bietet speziell ausgearbeitete Animationsprogramme für Schulen an. Gut die Hälfte der etwas mehr als 3000 Besucher im vergangenen Jahr, waren Schüler oder Studenten. 643 dieser Schüler oder Studenten kamen aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Führt man sich vor Augen, dass im Schuljahr 2017-2018, 4.815 Mädchen und Jungen eine Primarschule und 4.751 Jugendliche eine Sekundarschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft besuchten, wirken die 643 Besuche durch ostbelgische Schüler ausbaufähig.

Aus diesem Grund sind Initiativen geplant, um den Schulen entgegenzukommen und weitere Anreize für einen Besuch zu schaffen. Wir können zurecht stolz darauf sein, dass sich das Parlament zu einer Anlaufstelle für Schulen in Sachen politischer Bildung entwickelt hat. Jetzt gilt es, auch für Schulen, die bislang nicht zu Besuch in diesem Haus waren, Anreize für einen solchen zu schaffen. Es muss unser Ziel sein, dass jeder Schüler im Laufe seiner Schullaufbahn mindestens einmal das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft besucht hat.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich verrate Ihnen nichts Neues, wenn ich sage, dass die anstehende Sitzungsperiode nicht nur eine verkürzte sein wird, sondern ebenfalls eine in der die Nebengeräusche der im kommenden Mai anstehenden Parlamentswahlen sicherlich zu hören sein werden.

In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass dieses Parlament, in wirklich wichtigen Fällen, wie etwa die Grundlagen unserer Autonomie, bereit, gewillt und in der Lage war, das gemeinsame Suchen und Vertreten gemeinsamer Lösungen für wichtiger zu halten als den üblichen Konkurrenzreflex. Ich hoffe, dass es auch in der anstehenden Sitzungsperiode möglich sein wird, bei aller Unterschiedlichkeit nicht ausschließlich das eigene politische Interesse in den Fokus zu nehmen, sondern die Sache um die es geht.

Was die parlamentarische Debattenkultur angeht erinnere ich an die Rede zur parlamentarischen Streitkultur meines nordrhein-westfälischen Amtskollegen André Kuper, der uns vor wenigen Monaten besucht hat. Ich kann mich den damaligen Worten des Landtagspräsidenten nur anschließen: Diskussionen und verbale Streitigkeiten müssen dort ausgetragen werden, wo sie hingehören: In den Parlamenten. Denn Parlamente vertragen Streit – **nein**: Parlamente **brauchen** den Streit mit Worten, sie brauchen das Ringen um die beste Lösung.

In diesem Diskurs haben wir als Abgeordnete auch eine Verantwortung zu tragen. Wir stehen in der Pflicht, uns an Fakten zu halten, damit sogenannten „Fake-News“ und Polemiken kein Platz in diesem Haus gewährt wird.

Die parlamentarische Debatte braucht Streit. Sie braucht aber auch Lösungen. Daher ist es wesentlich, konstruktiv zu debattieren oder zu streiten. Fundamentalopposition gegen alles und jeden bringt niemandem einen Mehrwert, erst Recht nicht dem Bürger. Im Übrigen zählt es auch zu den Grundfesten einer Demokratie, dass zwar alle Meinungen ihren Platz haben müssen, dass aber ebenso demokratisch-mehrheitlich getroffene Entscheidungen zu respektieren und akzeptieren sind – auch wenn diese Entscheidung nicht der persönlichen Meinung entspricht.

In diesem Sinne hoffe ich auf eine fruchtbare, sachliche und bürgerorientierte Zusammenarbeit in der kommenden Sitzungsperiode. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.